

# Inhaltsübersicht

Kapitel 1:	Begriff, Schutzvoraussetzungen, Bedeutung . . . . .	1
	A. Grundlagen . . . . .	4
	B. Zentrale Normen des Geheimnisschutzes . . . . .	23
	C. Bedeutung von Know-how in der Wirtschaft . . . . .	62
Kapitel 2:	Know-how im Arbeitsrecht . . . . .	109
	A. Vertragliches Wettbewerbsverbot . . . . .	111
	B. Verschwiegenheitspflichten . . . . .	121
	C. Herausgabeklauseln . . . . .	126
	D. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote . . . . .	128
Kapitel 3:	Know-how in Vertragsverhandlungen . . . . .	179
	A. Allgemeine Hinweise zum Schutz von Know-how bei der Ausgestaltung von Verträgen . . . . .	180
	B. Know-how-Schutz bei Ausschreibungen . . . . .	199
Kapitel 4:	Know-how in Kooperationen (Entwicklung und Outsourcing) . . . . .	221
	A. <i>Forschung und Entwicklung</i> . . . . .	222
	B. Outsourcing . . . . .	251
Kapitel 5:	Know-how-Verwertung (Veräußerung und Lizenz) . . . . .	263
	A. Überblick . . . . .	265
	B. Veräußerung von Know-how . . . . .	267
	C. Lizenzierung von Know-how . . . . .	277
Kapitel 6:	Verfolgung von Know-how-Verletzungen . . . . .	325
	A. Rechtsfolgen und Rechtsdurchsetzung . . . . .	330
	B. Strafrechtlicher Teil . . . . .	412
Kapitel 7:	Know-how-Schutz vor Gerichten und Verwaltungsbehörden – Schutz im Zivil- und Strafprozess sowie in Verwaltungsverfahren und -prozess . . . . .	433
	A. Allgemeines . . . . .	435
	B. Know-how-Schutz im Zivilprozess . . . . .	437
	C. Know-how-Schutz im Strafprozess . . . . .	463
	D. Know-how-Schutz im Verwaltungsverfahren und vor Verwaltungsgerichten . . . . .	467

## *Inhaltsübersicht*

Kapitel 8:	Know-how in Zwangsvollstreckung und Insolvenz . . . . .	475
	A. Allgemeines . . . . .	476
	B. Know-how und Know-how-Lizenzen in der Einzelzwangsvollstreckung . . . . .	477
	C. Know-how und Know-how-Lizenzen in der Insolvenz . . . . .	488
Kapitel 9:	Know-how in Steuerrecht und Bilanz. . . . .	501
	A. Steuerliche Einordnung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten . . . . .	505
	B. Bilanzielle Behandlung von Aufwendungen zur Schaffung und zum Schutz von Know-how. . . . .	518
	C. Behandlung von Lizenzverträgen. . . . .	528
	D. Lizenzverträge mit Auslandsbezug. . . . .	532
	E. Know-how-Verträge zwischen nahestehenden Personen bzw. verbundenen Unternehmen. . . . .	556
	F. Bewertung von Know-how und Angemessenheit von Entgelten für die Überlassung von Know-how . . . . .	570
	G. Gewerbesteuerliche Aspekte . . . . .	581
	H. Umsatzsteuerliche Aspekte . . . . .	584
Kapitel 10:	Faktischer Know-how-Schutz in der Unternehmenspraxis. . . . .	591
	A. Know-how-Abfluss: Risikofelder . . . . .	592
	B. Organisatorische Maßnahmen. . . . .	595
	C. Produktnachahmungen, Produktpiraterie. . . . .	609
Kapitel 11:	Exportkontrolle für Know-how . . . . .	621
	A. Bedrohungsanalyse . . . . .	621
	B. Lizenzvertragliche Kontrolle von Know-how-Exporten . . . . .	622
	C. Außenwirtschaftsrechtliche Kontrolle von Know-how-Exporten . . . . .	623
Kapitel 12:	Internationaler Know-how-Schutz . . . . .	631
	A. Internationales Privat- und Verfahrensrecht . . . . .	635
	B. Volksrepublik China und Hongkong . . . . .	664
	C. Know-how Schutz in Indien. . . . .	686
	D. Russland . . . . .	690
	E. USA . . . . .	712

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Bearbeiterverzeichnis . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXIII
Literaturverzeichnis . . . . .	XLV
<b>Kapitel 1: Begriff, Schutzvoraussetzungen, Bedeutung . . . . .</b>	<b>1</b>
A. Grundlagen . . . . .	4
I. Was ist Know-how? . . . . .	4
1. Begriff . . . . .	4
2. Unterschiedliche Nomenklaturen – ähnliche Inhalte . . . . .	7
a) Der Begriff »nicht offenbarte Information« in Art 39 TRIPS . . . . .	7
b) Der Begriff »Know-how« im europäischen Recht (TT-GVO, FuE-GVO und Vertikal-GVO) . . . . .	9
c) Der Begriff »Betriebs- und Geschäftsgeheimnis« im deutschen Recht . . . . .	11
d) Der Begriff »Trade Secret« im amerikanischen Recht . . . . .	13
II. Welche Bedrohung besteht für Know-how? . . . . .	13
1. Unterscheidung nach Angreifern . . . . .	14
2. Mittel der Informationsgewinnung . . . . .	14
a) Menschliche Quellen . . . . .	14
b) Technische Mittel . . . . .	15
c) Klassisch-kriminelle Informationsgewinnung . . . . .	15
III. Know-how-Schutz und gewerbliche Schutzrechte im Vergleich . . . . .	16
1. Vorteile von Know-how-Schutz . . . . .	16
a) Korrespondenz zwischen Know-how-Schutz und gewerblichen Schutzrechten . . . . .	16
b) Kanon der Schutzgegenstände . . . . .	16
c) Offenlegung und Piraterie . . . . .	17
d) Rechtsdurchsetzung . . . . .	18
e) Schutzfrist . . . . .	19
f) Kosten . . . . .	19
2. Probleme und Risiken von Know-how-Schutz . . . . .	20
a) Problem: strukturell geheimhaltbare Information . . . . .	20
b) Problem: schutzrechtsfixierte Fremdkapitalgeber . . . . .	21
c) Risiko: eigene Mitarbeiter . . . . .	21
d) Risiko: Parallelerfindung durch Dritte . . . . .	22
B. Zentrale Normen des Geheimnissschutzes . . . . .	23
I. Einleitung . . . . .	23
II. Zu den Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen . . . . .	24
1. Tatsache . . . . .	26
2. Zu einem Geschäftsbetrieb gehörig . . . . .	27
3. Geheimnis . . . . .	27
4. Geheimhaltungswille . . . . .	30
5. Geheimhaltungsinteresse . . . . .	30

## Inhaltsverzeichnis

III. Zu den einzelnen Vorschriften. . . . .	31
1. Geheimnisschutz nach den §§ 17–19 UWG . . . . .	31
a) § 17 UWG . . . . .	31
aa) Geheimnisverrat nach § 17 Abs. 1 UWG . . . . .	31
bb) Betriebsespionage nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG . . . . .	34
cc) Geheimnishehlerei nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG . . . . .	35
b) § 18 UWG – »Vorlagenfreibeuterei« . . . . .	38
c) § 19 UWG . . . . .	40
aa) § 19 Abs. 1 UWG – Verleiten zum Verrat . . . . .	40
bb) § 19 Abs. 2 UWG – Erbieten zum Verrat . . . . .	41
d) Versuchsstrafbarkeit . . . . .	42
e) Konkurrenzen. . . . .	42
2. Sonstige strafrechtliche Vorschriften. . . . .	43
a) »Kernstrafrecht« . . . . .	44
aa) § 203 StGB – Verletzung von Privatgeheimnissen . . . . .	45
bb) § 204 StGB – Verwertung fremder Geheimnisse . . . . .	46
cc) § 355 Abs. 1 Nr. 2 StGB – Verletzung des Steuergeheimnisses. . . . .	46
b) Zentrale handels- und gesellschaftsrechtliche Vorschriften . . . . .	47
aa) § 333 HGB – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	47
bb) § 404 AktG – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	48
cc) § 85 GmbHG – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	49
dd) § 151 GenG – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	50
ee) § 138 VAG – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	50
ff) § 19 PublG – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	50
gg) § 315 UmwG – Verletzung der Geheimhaltungspflicht . . . . .	51
c) Sonstige zentrale Spezialvorschriften. . . . .	51
aa) § 120 BetrVG – Verletzung von Geheimnissen . . . . .	52
bb) § 35 SprAuG . . . . .	52
cc) § 155 SGB IX. . . . .	53
3. Zivilrechtliche Vorschriften . . . . .	53
a) Vertragliche/schuldrechtliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	54
aa) Vertragliche Geheimhaltungspflicht. . . . .	54
bb) Nachvertragliche Geheimhaltungspflicht . . . . .	54
cc) Geheimhaltungspflicht besonderer Personengruppen . . . . .	56
b) Lauterkeitsrechtliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	57
aa) § 4 Nr. 9 UWG – Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz . . . . .	57
bb) § 4 Nr. 10 UWG – Gezielte Behinderung . . . . .	58
cc) § 4 Nr. 11 UWG – Rechtsbruch . . . . .	59
dd) Rechtsfolgen . . . . .	60
c) Deliktsrechtliche Anspruchsgrundlagen. . . . .	60
aa) § 823 Abs. 2 BGB . . . . .	60
bb) § 826 BGB – vorsätzliche sittenwidrige Schädigung . . . . .	60
cc) § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	61
dd) Rechtsfolgen . . . . .	61
d) Bereicherungsrecht/GoA . . . . .	62
C. Bedeutung von Know-how in der Wirtschaft . . . . .	62
I. Zwei Gruppen von Know-how . . . . .	64
1. Geschäftliche Anwendungen . . . . .	64
a) Marketing und Vertrieb . . . . .	64
b) Einkauf . . . . .	64
c) Personalbereich . . . . .	64
d) Rechnungswesen . . . . .	65
e) Unternehmensstrategie . . . . .	65

2.	Technische Anwendungen . . . . .	65
a)	Forschung und Entwicklung . . . . .	65
b)	Produktion . . . . .	65
c)	Technischer Vertrieb . . . . .	65
II.	Erfassung des Gefährdungspotenzials . . . . .	65
1.	Angriffe von außen . . . . .	66
a)	Illegale Angriffe . . . . .	66
b)	Legale Angriffe. . . . .	66
2.	Angriffe von innen . . . . .	66
a)	Illegales Verhalten von Mitarbeitern. . . . .	66
b)	Möglicher »brain drain« . . . . .	67
III.	Besonderheiten einzelner Branchen . . . . .	67
1.	Maschinenbau- und Fahrzeugindustrie. . . . .	67
2.	Telekommunikationsindustrie . . . . .	68
3.	Chemische Industrie, Pharmazeutische Industrie . . . . .	69
4.	Softwareindustrie . . . . .	70
IV.	Schutzmöglichkeitenvor allem vertraglicher Schutz . . . . .	71
1.	Forschungs- und Entwicklungsverträge . . . . .	71
2.	»Open Innovation«. . . . .	72
3.	Lizenzverträge. . . . .	74
4.	Verträge über Gemeinschaftsunternehmen . . . . .	74
V.	Bewertung immaterieller Vermögenswerte . . . . .	75
1.	Anlässe für Bewertungen, grundsätzliche Erwägungen . . . . .	75
2.	Bewertung von Know-how und anderen immateriellen Vermögenswerten. . . . .	76
a)	Proprietäre Bewertungsansätze . . . . .	77
b)	Immaterielle Vermögenswerte . . . . .	78
3.	Möglichkeiten der Bewertung von Patenten. . . . .	79
a)	Kostenorientiertes Verfahren . . . . .	79
b)	Kapitalwertorientiertes Verfahren . . . . .	81
aa)	Mehrgewinnmethode . . . . .	81
bb)	Lizenzanalogie . . . . .	81
cc)	Residualwertmethode . . . . .	83
dd)	Methode der unmittelbaren Cashflow-Prognose. . . . .	83
c)	Marktpreisorientierte Betrachtung . . . . .	84
d)	Wertung . . . . .	84
4.	Bemühungen um Standardisierung . . . . .	84
5.	Bewertung von Know-how . . . . .	85
a)	Manches ist einfacher als beim Patent.... . . . . .	85
b)	... aber es gibt auch zusätzliche Schwierigkeiten . . . . .	86
c)	Zusammenfassung . . . . .	87
VI.	Immaterielle Vermögenswerte in der Bilanz . . . . .	88
1.	Neuregelung durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz . . . . .	88
2.	Wertung und Ausblick . . . . .	89
VII.	Schutzrechtsanmeldung oder Know-how-Schutz? . . . . .	90
1.	Gesichtspunkte, die für eine Patentanmeldung sprechen . . . . .	90
a)	Grundlagenerfindung. . . . .	91
b)	In den Schutzbereich einer Norm fallende Lösungen . . . . .	91
c)	Einfacher Verletzungsnachweis . . . . .	92
d)	Patentstrategische Erwägungen . . . . .	92
e)	Verhalten der Wettbewerber . . . . .	93
2.	Gesichtspunkte, die gegen eine Patentanmeldung sprechen . . . . .	93
a)	Veröffentlichung nach 18 Monaten. . . . .	93
b)	Ausnahme Geheimpatent: keine Veröffentlichung . . . . .	94
c)	Offenlegung der eigenen Entwicklungsrichtung. . . . .	94
d)	Nachweisbarkeit einer Verletzung . . . . .	95
e)	Kostenüberlegungen . . . . .	95

## Inhaltsverzeichnis

3. Was also tun? . . . . .	96
VIII. Patentstrategie . . . . .	96
1. Welche Erfindungen sind wichtig, welche weniger wichtig? . . . . .	97
2. Startpunkt . . . . .	98
3. Quantitative Erfassung . . . . .	98
4. Zuordnung der Schutzrechte . . . . .	99
5. Qualitative Betrachtungen . . . . .	100
a) Patentrechtliche Bewertungskriterien . . . . .	100
b) Technische Bewertungskriterien . . . . .	101
c) Wirtschaftliche und geschäftliche Bewertungskriterien . . . . .	101
d) Durchführung der Bewertung . . . . .	101
6. Typische allgemeine Ziele einer Patentstrategie . . . . .	102
a) Sicherstellung der eigenen Aktionsfreiheit . . . . .	102
b) Schutz des eigenen geistigen Eigentums . . . . .	102
c) Aktiver Einsatz eigener Schutzrechte . . . . .	103
d) Formulierung der spezifischen Patentstrategie . . . . .	105
7. Beteiligte an der Definition der Patentstrategie . . . . .	106
8. Breiter Ansatz: Geistiges Eigentum umfasst mehr als nur Patente . . . . .	106
9. Erfolgreiche Umsetzung von Patentstrategien . . . . .	107
a) Regelmäßige Überprüfung, Verfeinerung und Anpassung . . . . .	107
b) Erfolgsfaktor Nachhaltigkeit und Ernsthaftigkeit . . . . .	108
<b>Kapitel 2: Know-how im Arbeitsrecht . . . . .</b>	<b>109</b>
A. Vertragliches Wettbewerbsverbot . . . . .	111
I. Allgemeines Nebentätigkeitsverbot . . . . .	111
II. Verbot von Wettbewerbstätigkeiten . . . . .	112
III. Inhalt des vertraglichen Wettbewerbsverbots . . . . .	116
IV. Möglichkeiten der Vertragsgestaltung . . . . .	118
V. Rechtsfolgen einer Verletzung des vertraglichen Wettbewerbsverbots . . . . .	119
VI. Taktische Überlegungen . . . . .	120
B. Verschwiegenheitspflichten . . . . .	121
I. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse . . . . .	121
II. § 17 UWG – Geheimnisverrat . . . . .	122
III. Vertragliche Nebenpflicht . . . . .	123
IV. Taktische Überlegungen . . . . .	125
C. Herausgabeklauseln . . . . .	126
I. Herausgabe von Arbeitsmitteln . . . . .	126
II. Herausgabe von Arbeitsergebnissen und Geschäftsunterlagen . . . . .	126
III. Aufnahme von Herausgabeklauseln in den Arbeitsvertrag . . . . .	127
D. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote . . . . .	128
I. Inhalt des Wettbewerbsverbots . . . . .	128
1. Geltungsbereich der §§ 74 ff. HGB . . . . .	128
2. Zeitlicher Geltungsbereich . . . . .	129
3. Vorgaben der §§ 74 ff. HGB für die Vertragsgestaltung . . . . .	130
4. Inhaltskontrolle . . . . .	133
a) Keine AGB-Kontrolle von Hauptleistungspflichten . . . . .	133
b) »Besonderheiten des Arbeitsrechts« stehen entgegen . . . . .	134
c) § 74a ist lex speciales zu § 307 BGB. . . . .	134
5. Transparenzkontrolle . . . . .	136
II. Vertragsgestaltung . . . . .	138
1. Grundtatbestand . . . . .	138

2. Gründungs- und Beteiligungsklausel . . . . .	140
3. Konzernklausel . . . . .	140
4. Umschreibung des Begriffs des Wettbewerbsunternehmens . . . . .	141
5. Einbeziehung von Kunden, Lieferanten etc. . . . .	142
6. Strohmannklauseln . . . . .	142
7. Karenzentschädigung . . . . .	143
8. Vertragsstrafe . . . . .	144
9. Bedingte Wettbewerbsverbote . . . . .	146
10. Abwerbeverbote . . . . .	147
11. Hinweis auf § 74 ff. HGB, Salvatorische Klausel . . . . .	147
III. Abschluss des Wettbewerbsverbots, Formvorschriften . . . . .	147
1. Schriftform . . . . .	148
2. Aushändigung einer Urkunde . . . . .	150
3. Beweislast . . . . .	151
IV. Karenzentschädigung . . . . .	152
1. Zusage einer Karenzentschädigung . . . . .	152
2. Berechnung der Karenzentschädigung . . . . .	153
a) Feste Bezüge . . . . .	155
b) Wechselnde Bezüge . . . . .	155
3. Anrechnung anderweitigen oder böswillig unterlassenen Erwerbs . . . . .	157
4. Auszahlung der Karenzentschädigung . . . . .	158
V. Inkrafttreten und Beendigung des Wettbewerbsverbots . . . . .	159
1. Inkrafttreten des Wettbewerbsverbots . . . . .	159
2. Beendigung des Wettbewerbsverbots . . . . .	161
a) Allgemeines . . . . .	161
b) Verzicht auf das Wettbewerbsverbot . . . . .	162
c) Lossagung bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses, § 75 HGB . . . . .	163
d) Lösung durch den Arbeitnehmer bei unverbindlichem Verbot . . . . .	164
e) Einvernehmliche Aufhebung . . . . .	165
VI. Rechtsfolgen bei Verletzung des Wettbewerbsverbots . . . . .	165
1. Durchsetzung des Wettbewerbsverbots . . . . .	166
a) Unterlassungsklage . . . . .	166
b) Auskunftsanspruch . . . . .	167
2. Lösung vom Wettbewerbsverbot . . . . .	168
3. Schadensersatz . . . . .	168
4. Vertragsstrafen . . . . .	168
VII. Besonderheiten bei Organmitgliedern . . . . .	168
1. Wettbewerbsverbot während des bestehenden Arbeitsverhältnisses . . . . .	169
2. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot . . . . .	169
a) Anwendbarkeit der §§ 74 ff. HGB . . . . .	169
b) Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB . . . . .	170
c) Sittenwidrigkeit gemäß § 138 BGB . . . . .	171
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 138 BGB . . . . .	173
e) Karenzentschädigungen . . . . .	174
f) Vertragsstrafe . . . . .	175
g) Bedingte Wettbewerbsverbote . . . . .	176
h) Verzichtsrecht . . . . .	177
<b>Kapitel 3: Know-how in Vertragsverhandlungen . . . . .</b>	<b>179</b>
A. Allgemeine Hinweise zum Schutz von Know-how bei der Ausgestaltung von Verträgen. . . . .	180
I. Allgemeine Probleme bei der Ausgestaltung von Vertragsklauseln zum Schutz von Know-how . . . . .	181
1. Bezeichnung von Know-how . . . . .	181
2. Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitsklausel . . . . .	182
3. Exklusivitätsbestimmungen . . . . .	182

## Inhaltsverzeichnis

4. Vertragsstrafklauseln . . . . .	183
5. Inhaltliche, räumliche und zeitliche Grenzen der Geheimhaltung . . . . .	184
6. Unterlizenzen . . . . .	184
7. Wettbewerbsverbote . . . . .	185
a) Wettbewerbsverbote nach §§ 74 ff. HGB . . . . .	185
b) sonstige Wettbewerbsverbote . . . . .	186
8. Laufzeit des Vertrages und Dauer der Geheimhaltungspflicht . . . . .	187
9. Verbesserung und Weiterentwicklung des Know-how. . . . .	188
10. Vertragsbeendigungsklauseln . . . . .	189
11. Kartellrechtsbeschränkungen . . . . .	189
II. Besonderheiten bei einzelnen Verträgen . . . . .	190
1. Letter of Intent. . . . .	190
2. Geheimhaltungsvereinbarung . . . . .	192
3. Lizenzvertrag. . . . .	193
4. Handelsvertretervertrag . . . . .	194
5. Franchisevertrag . . . . .	195
6. Unternehmenskaufvertrag . . . . .	196
7. Forschungs- und Entwicklungsvertrag . . . . .	197
8. Computerrecht/Programmerstellungsvertrag . . . . .	198
9. Arbeitsvertrag . . . . .	199
B. Know-how-Schutz bei Ausschreibungen. . . . .	199
I. Überblick . . . . .	199
II. Privatrechtliche Ausschreibung . . . . .	200
1. Ablauf einer Ausschreibung . . . . .	201
2. Regelung durch die Ausschreibungsbedingungen. . . . .	202
3. Anwendbarkeit der Verdingungsordnungen . . . . .	202
4. Ergänzender Schutz durch § 18 UWG. . . . .	203
5. Ansprüche aus § 311 BGB . . . . .	203
III. Vergabeverfahren. . . . .	204
1. Schutz in der Ausschreibungsphase . . . . .	204
2. Untersuchungspflichten des Auftraggebers. . . . .	205
3. Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren . . . . .	206
a) Voraussetzungen . . . . .	206
b) Anspruchsinhaber . . . . .	207
c) Gegenstand und Umfang des Einsichtsrechts. . . . .	208
d) Durchführung der Einsicht. . . . .	208
4. Kennzeichnung von Know-how und Zustimmungsfiktion . . . . .	209
a) Kennzeichnung durch die Vergabestelle? . . . . .	209
b) Kennzeichnungsobliegenheit des Bieters? . . . . .	209
c) Bedeutung der Zustimmungsfiktion . . . . .	210
d) Einsichtsgewährung bei unterbliebener Kennzeichnung . . . . .	211
5. Einschränkung des Akteneinsichtsrechts . . . . .	212
a) Vorliegen eines wichtigen Grundes. . . . .	212
b) Interessenabwägung . . . . .	213
6. Rechtsschutz im Akteneinsichtsverfahren . . . . .	215
IV. Einsicht in Vergabeakten außerhalb des § 111 GWB . . . . .	217
1. Einsicht in Vergabeakten nach IFG . . . . .	217
a) Eingeschränkte Anwendbarkeit . . . . .	217
b) Know-how-Schutz unter IFG . . . . .	218
2. Akteneinsicht nach VwVfG . . . . .	219
3. Zivilrechtlicher Anspruch auf Akteneinsicht. . . . .	219
V. Checkliste . . . . .	219

<b>Kapitel 4: Know-how in Kooperationen (Entwicklung und Outsourcing)</b> . . . . .	221
<b>A. Forschung und Entwicklung</b> . . . . .	222
I. Einleitung . . . . .	222
II. Grundlagen gemeinsamer F&E . . . . .	223
1. Die Begriffe »Forschung« und »Entwicklung« . . . . .	223
2. Erscheinungsformen . . . . .	224
a) F&E-Kooperation und Auftragsforschung . . . . .	224
b) Intensität der Kooperation . . . . .	225
c) Phasen der F&E-Kooperation . . . . .	227
d) Gesellschaftsform . . . . .	227
III. Die F&E-Kooperation . . . . .	228
1. F&E-Kooperationen und Kartellrecht . . . . .	228
a) Rechtsgrundlagen . . . . .	229
aa) Gruppenfreistellungsverordnungen . . . . .	229
bb) Bekanntmachungen der Kommission . . . . .	230
b) Know-how-Definition . . . . .	232
2. Die Ausgestaltung des F&E-Vertrags . . . . .	233
a) Forschungsziele und -ergebnisse . . . . .	234
b) Die Verwertung . . . . .	236
aa) Umfang der Freistellung . . . . .	237
bb) Dauer der Freistellung . . . . .	238
cc) Verwertungsbeschränkungen (Wettbewerbsverbote) . . . . .	239
c) Forschungsverbote . . . . .	240
d) Geheimhaltungsvereinbarungen . . . . .	241
aa) Geheimhaltung der Ergebnisse . . . . .	243
bb) Geheimhaltung von Background-Know-how . . . . .	244
3. Förderungsmöglichkeiten . . . . .	246
4. Checkliste . . . . .	247
IV. Der F&E-Auftrag . . . . .	248
1. Vertragsgegenstand . . . . .	248
2. Vertragsinhalte . . . . .	249
a) Allgemein . . . . .	249
b) Zuordnung der Ergebnisse . . . . .	250
c) Geheimhaltung . . . . .	250
<b>B. Outsourcing</b> . . . . .	251
I. Begriff, systematische Differenzierung, Outsourcing in der Globalisierung . . . . .	251
1. Begriff . . . . .	251
2. Systematische Unterscheidung beim Outsourcing . . . . .	252
a) Eine Fremdfirma erbringt Lieferungen oder Leistungen außerhalb des Unternehmens . . . . .	252
b) Eine Fremdfirma erbringt Lieferungen oder Leistungen innerhalb des Unternehmens . . . . .	252
3. Outsourcing in der Globalisierung . . . . .	253
II. Typische und spezifische Risiken beim Outsourcing . . . . .	254
1. Know-how-Schutz beim Outsourcing . . . . .	254
2. Herstellung von Zulieferprodukten . . . . .	255
3. Dienstleistungen . . . . .	256
III. Schutzmöglichkeiten und praktische Maßnahmen . . . . .	257
1. Schutzrechte . . . . .	257
2. Auswahl des Outsourcing-Partners . . . . .	258
3. Vertragliche Regelungen . . . . .	258
a) Besondere Anforderungen und Verpflichtungen . . . . .	258
b) Wettbewerbsverbote . . . . .	259

## Inhaltsverzeichnis

c) Verbesserungen . . . . .	259
d) Prüfungen und Stichproben . . . . .	259
4. Interne Maßnahmen . . . . .	259
5. Unterweisung des Outsourcing-Partners . . . . .	260
6. »Divide et impera« . . . . .	260
7. Marktmacht und Auswüchse . . . . .	260
<b>Kapitel 5: Know-how-Verwertung (Veräußerung und Lizenz)</b> . . . . .	<b>263</b>
A. Überblick . . . . .	265
I. Verwertung durch Veräußerung und Lizenzierung . . . . .	265
II. Geheimhaltung im Vorfeld der Verwertung . . . . .	266
B. Veräußerung von Know-how . . . . .	267
I. Grundsätzliches . . . . .	267
II. Pflichten des Veräußerers . . . . .	268
1. Mitteilung des Know-how . . . . .	268
2. Unterstützungsleistungen . . . . .	269
3. Geheimhaltung . . . . .	269
4. Nutzungs-, Forschungs- und Wettbewerbsverbote . . . . .	269
a) Nutzungsverbot . . . . .	270
b) Forschungsverbot . . . . .	271
c) Wettbewerbsverbot . . . . .	272
III. Pflichten des Erwerbers . . . . .	274
IV. Gewährleistung . . . . .	274
1. Fehlende Offenkundigkeit . . . . .	274
2. Rechtsmängel . . . . .	275
3. Brauchbarkeit und Verwertbarkeit . . . . .	275
V. Checkliste . . . . .	276
C. Lizenzierung von Know-how . . . . .	277
I. Grundfragen des Know-how-Lizenzvertrags . . . . .	277
1. Gründe für die Lizenzerteilung . . . . .	277
2. Vertragsgegenstand . . . . .	278
3. Rechtsnatur des Know-how-Lizenzvertrags . . . . .	279
4. Erscheinungsformen von Know-how-Lizenzverträgen . . . . .	280
5. Auslegung von Know-how-Lizenzverträgen . . . . .	281
II. Pflichten des Lizenzgebers . . . . .	281
1. Übermittlung des Know-how . . . . .	281
2. Weitere Unterstützung des Lizenznehmers . . . . .	281
3. Mängelgewährleistung . . . . .	282
4. Verbesserung und Weiterentwicklung . . . . .	283
5. Geheimhaltung . . . . .	283
6. Übertragung des Know-how-Lizenzvertrages . . . . .	284
III. Pflichten des Lizenznehmers . . . . .	284
1. Bestandsschutzpflichten . . . . .	284
a) Geheimhaltungspflicht . . . . .	284
aa) Allgemeines . . . . .	284
bb) Inhalt von Geheimhaltungsklauseln . . . . .	285
cc) Vertragsstrafenregelung . . . . .	288
b) Nichtangriffspflicht . . . . .	289
aa) Fehlen einer vertraglichen Regelung . . . . .	289
bb) Eigenständige Bedeutung von Nichtangriffsabreden im Bereich von Know-how . . . . .	290
cc) Rechtsmissbrauch . . . . .	291

c)	Unterlassungspflichten . . . . .	292
aa)	Nutzung außerhalb des Vertragszwecks . . . . .	292
bb)	Wettbewerb . . . . .	292
cc)	Übertragung der Nutzungsbefugnis . . . . .	293
dd)	Unterlizenzvergabe . . . . .	294
d)	Informationspflicht bei Know-how-Verletzungen . . . . .	294
2.	Bestandserweiterungspflichten . . . . .	295
a)	Ausübungspflicht . . . . .	295
b)	Verbesserungs- und Weiterentwicklungspflicht . . . . .	296
3.	Exkurs: Entgeltspflicht . . . . .	297
IV.	Kartellrechtliche Schranken . . . . .	299
1.	EG-Kartellrecht . . . . .	300
a)	Art. 101 AEUV . . . . .	300
aa)	Art. 101 (1) AEUV . . . . .	300
bb)	Art. 101 (3) AEUV . . . . .	301
b)	Gruppenfreistellungsverordnung für Technologietransfer-Vereinbarungen (TT-GVO) . . . . .	302
aa)	Allgemeines . . . . .	302
bb)	Freistellungsvoraussetzungen . . . . .	302
cc)	Marktanteilschwellen . . . . .	304
dd)	Kernbeschränkungen und nicht freigestellte Beschränkungen . . . . .	305
ee)	Anwendung der TT-GVO auf »sonstiges Know-how« . . . . .	306
ff)	Abgrenzung der TT-GVO zu anderen GVO . . . . .	307
2.	Nationales Kartellrecht . . . . .	308
3.	Verhältnis von nationalem und EG-Kartellrecht . . . . .	308
4.	Zivilrechtliche Rechtsfolgen von Verstößen gegen das Kartellverbot (Art. 101 AEUV; § 1 GWB) . . . . .	309
a)	Nichtigkeit . . . . .	309
aa)	Art. Art. 101 (2) AEUV . . . . .	309
bb)	§ 1 GWB iVm § 134 BGB . . . . .	309
cc)	Vertragspraxis . . . . .	309
b)	Beseitigung, Unterlassung und Schadensersatz . . . . .	310
5.	Kartellrechtliche Bewertung einzelner Klauseln . . . . .	310
a)	Geheimhaltungsabreden . . . . .	311
b)	Nichtangriffsabreden . . . . .	312
c)	Nutzungsbeschränkungen . . . . .	313
d)	Wettbewerbsverbote . . . . .	313
e)	Verbot der Übertragung des Nutzungsrechts und der Unterlizenzvergabe . . . . .	315
f)	Informationspflichten für den Fall der Verletzung . . . . .	315
g)	Ausübungspflichten . . . . .	315
h)	Rücklizenzierungs- und -übertragungsverpflichtungen . . . . .	316
i)	Exkurs: Entgeltpflichten . . . . .	317
V.	Vertragsbeendigung und Abwicklung . . . . .	318
1.	Vereinbarung spezieller Beendigungsgründe . . . . .	318
2.	Rechtsfolgen der Vertragsbeendigung . . . . .	319
a)	Verlust des Nutzungsrechts . . . . .	319
b)	Rückgabepflichtung/Vernichtung . . . . .	320
c)	Rückzahlung der Lizenzgebühr . . . . .	321
3.	Termination Survivors . . . . .	321
4.	Schwierigkeiten der Abwicklung – Möglichkeiten der Abhilfe . . . . .	322
VI.	Checkliste: Know-how-Schutz . . . . .	323

<b>Kapitel 6: Verfolgung von Know-how-Verletzungen</b> . . . . .	<b>325</b>
A. Rechtsfolgen und Rechtsdurchsetzung . . . . .	330
I. Der Streitgegenstand im Geheimnisschutzprozess. . . . .	331
1. Der Strukturelle Unterschied zwischen technischen Schutzrechten und Know-how-Schutz mit Blick auf die Rechtsdurchsetzung . . . . .	331
2. BGH Schweißmodulgenerator – Der Kläger bestimmt den Streitgegenstand . . . . .	333
a) Sachverhalt und Entscheidung des BGH . . . . .	333
b) Kritik an der Begründung. . . . .	334
aa) Spezifizierung des Betriebsgeheimnisses als Schlüssigkeitsvoraussetzung . . . . .	334
bb) Kläger als Herr des Streitgegenstandes – keine Erweiterung qua Kernbereichslehre. . . . .	335
c) BGH Wurftaubenpresse . . . . .	336
aa) Sachverhalt und Entscheidung des BGH . . . . .	336
bb) Bewertung und Schlussfolgerung – Antrag als Instrument der Festlegung des Klägers auf das Betriebsgeheimnis . . . . .	337
3. Zum »Schutzbereich« des Betriebsgeheimnisses. . . . .	338
a) Antrag spezifiziert angegriffene Handlung – BGH Spritzgießwerkzeuge. . . . .	338
b) Zur Struktur der Erfassung der Verwertungshandlung und des jeweiligen Industriegeheimnisses – BGH Industrieböden . . . . .	340
c) Abwandlungen der angegriffenen Ausführungsform – BGH Füllanlage . . . . .	341
4. Zusammenfassung. . . . .	343
II. Abgrenzung der Anträge nach Anspruchsgrundlagen . . . . .	344
1. Materielle Ansprüche . . . . .	344
a) Zivilrechtliche Transformation strafrechtlichen Schutzes . . . . .	344
aa) §§ 17 ff. UWG als Schutzgesetze. . . . .	344
bb) Rechtsbruch (§ 4 Nr. 11 UWG) . . . . .	344
cc) Inhalt des Anspruchs aus § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. §§ 17 ff. UWG . . . . .	345
b) Rein zivilrechtlicher Schutz . . . . .	345
c) Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz (§ 4 Nr. 9 UWG) . . . . .	346
aa) § 4 Nr. 9 lit. c UWG . . . . .	346
bb) Wettbewerbliche Eigenart auch bei § 4 Nr. 9 lit. c UWG . . . . .	346
d) Unmittelbarer Leistungsschutz (§ 3 Abs. 1 UWG) . . . . .	348
aa) Zuerkennung eines unmittelbaren Leistungsschutzes . . . . .	348
bb) Kritik . . . . .	349
2. Zum Streitgegenstand. . . . .	352
a) Gesonderte Anträge . . . . .	352
b) Verschiedene Verletzungshandlungen – trotzdem einheitlicher Streitgegenstand (zu BGH Markenparfümverkäufe) . . . . .	354
3. Schadensersatz- und Bereicherungsfeststellungsanträge . . . . .	356
a) Feststellungsanträge . . . . .	356
aa) Schadensersatz. . . . .	356
bb) Bereicherung . . . . .	357
b) Antrag bei originären und zedierten Ansprüchen . . . . .	357
c) Umfang der Schadensersatz- und Rechnungslegungsanträge . . . . .	358
aa) Zeitliche Grenzen . . . . .	358
bb) Gegenständliche Grenzen . . . . .	359
d) Streitgegenstand . . . . .	359
4. Haftung analog § 1004 BGB. . . . .	360
a) Verschulden erforderlich? . . . . .	360
aa) BGH Wurftaubenpresse – kein Verschulden . . . . .	360
bb) § 1004 BGB nur für § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	360
b) Störerhaftung oder Fahrlässige Nebentäterschaft? Meinungsunterschied zwischen I. und X. Zivilsenat . . . . .	362
c) Beseitigungsanspruch . . . . .	363

5. Rechnungslegung . . . . .	363
a) Allgemeine Grundlagen . . . . .	363
aa) Unselbständiger Auskunftsanspruch . . . . .	364
bb) Selbständiger Auskunftsanspruch (Drittauskunft) – BGH Ausschreibungsunterlagen . . . . .	364
b) Anspruchsinhalt . . . . .	366
aa) Belegvorlage . . . . .	366
bb) Wirtschaftsprüfervorbehalt . . . . .	366
cc) Enforcement-Richtlinie . . . . .	367
6. Zeitliche Begrenzung der Durchsetzbarkeit von Verletzungsansprüchen . . . . .	367
a) Verjährung . . . . .	367
b) Verwirkung . . . . .	368
III. Höherverfahren – Inhalt der Schadensersatzansprüche und der Bereicherungsansprüche . . . . .	369
1. Drei Berechnungsmethoden des Schadens . . . . .	369
a) Grundsatz . . . . .	369
b) Wahlrecht des Gläubigers . . . . .	369
c) Grenzen der Wahlfreiheit – BGH Zerkleinerungsmaschine . . . . .	370
aa) Zur Entscheidung . . . . .	370
bb) Interpretation der Entscheidungsgründe . . . . .	371
2. Lizenzanalogie . . . . .	372
a) Objektiver Wert der Nutzungsberechtigung . . . . .	372
b) Ermittlung des Wertes . . . . .	372
aa) Grundlage – Was als angemessene Vergütung vereinbart worden wäre . . . . .	372
bb) Die Ex-Post-Perspektive und neue Ansätze in der Literatur . . . . .	373
cc) Einzelkriterien . . . . .	374
3. Verletzererwerb . . . . .	374
a) Wesentliche Unterschiede zu den Immaterialgüterrechten – keine Anteilsbemessung nach § 287 ZPO? . . . . .	374
aa) Rechtslage bei den Immaterialgüterrechten . . . . .	374
bb) BGH Entwendete Datensätze mit Konstruktionszeichnungen . . . . .	375
cc) Zur Anteilsbemessung nach § 287 ZPO . . . . .	377
b) Die Ermittlung des Gewinns . . . . .	379
aa) BGH Gemeinkostenanteil – Begriffsfragen . . . . .	379
bb) Wertungsgesichtspunkte . . . . .	380
cc) Verzugszinsen . . . . .	383
4. Konkreter Schaden . . . . .	383
a) Allgemeines . . . . .	383
b) Offenkundigwerden des Betriebsgeheimnisses . . . . .	384
aa) Wegfall des Unterlassungsanspruchs . . . . .	384
bb) Naturalrestitution . . . . .	384
IV. Aktivlegitimation . . . . .	385
1. Grundsätze – Abgrenzung zu den gewerblichen Schutzrechten . . . . .	385
2. Ansprüche des Rechtsinhabers oder ausschließlichen Lizenznehmers neben dem einfachen Lizenznehmer? – Unterscheidung nach Anspruchsgrundlagen . . . . .	386
3. Ausgestaltung des Nebeneinanders der Anspruchsberechtigten? . . . . .	387
a) BGH Tintenpatrone – Entscheidungsinhalt . . . . .	387
b) Kritik . . . . .	388
V. Beweisnot des Anspruchsinhabers . . . . .	389
1. Zur Genealogie des Besichtigungsanspruchs – Von Druckbalken zu Faxkarte . . . . .	389
a) BGH Druckbalken . . . . .	389
b) Folgen von Druckbalken im internationalen Vergleich . . . . .	390
c) Abhilfe durch Faxkarte . . . . .	391
2. Rezeption in der Judikatur der Instanzgerichte . . . . .	392
a) Kombination von Besichtigungsanspruch (Duldungsverfügung) und Beweissicherungsverfahren . . . . .	392

## Inhaltsverzeichnis

b) Zweistufiges Verfahren . . . . .	392
aa) Erste Phase . . . . .	393
bb) Zweite Phase . . . . .	393
3. Legislative Umsetzung . . . . .	394
4. BGH Lichtbogenschnürung . . . . .	394
a) Bestätigung der Praxis vor § 140c PatG . . . . .	394
b) Kein Kombinationsbeschluss . . . . .	395
c) Offenbarung »for counsel's eyes only« . . . . .	395
d) Zusammenfassung . . . . .	397
5. Besichtigungsanspruch im Hauptsacheverfahren . . . . .	397
6. Zu den materiellen Voraussetzungen des Besichtigungsanspruchs . . . . .	398
a) Erforderlichkeit . . . . .	398
b) Verfügungsgewalt des Schuldners – LG Nürnberg-Fürth Betriebsespionage . . . . .	398
7. Anwendbarkeit auf den Geheimnisschutz? . . . . .	399
a) TRIPS . . . . .	399
b) Enforcement Richtlinie . . . . .	400
8. Weitere Maßnahmen im Hauptsacheverfahren . . . . .	401
a) Vorlageansprüche nach §§ 142, 144 ZPO – BGH Restschadstoffentfernung . . . . .	401
b) Sekundäre Darlegungs- und Beweislast – BGH Blasenfreie Gummibahnen II. . . . .	402
VI. Zur Geheimhaltung im Zivilprozess . . . . .	402
1. Problemstellung . . . . .	402
2. Regelungslücken und Analogie? . . . . .	403
a) Akteneinsicht und Geheimhaltungsinteresse . . . . .	403
b) § 174 Abs. 3 GVG analog? . . . . .	403
3. Pragmatisches Vorgehen . . . . .	404
4. Kein »in camera«-Verfahren . . . . .	404
5. Keine Sonderregelungen für den Tenor . . . . .	405
VII. Vorergerichtliche Maßnahmen – Abmahnung und Unterwerfung . . . . .	405
1. Wiederholungsgefahr und deren Beseitigung . . . . .	406
2. Die Wirkungen der strafbewehrten Unterlassungsverpflichtungserklärung . . . . .	406
3. Funktion der Abmahnung . . . . .	407
VIII. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	408
1. Verfügungsgrund – Dringlichkeitsvermutung . . . . .	408
2. Verfügungsanspruch . . . . .	410
IX. Rechtsweg und Zuständigkeit . . . . .	410
1. Rechtsweg im Hinblick auf § 2 Abs. 1 Nr. 3 lit. d ArbGG . . . . .	410
2. Die Zuständigkeit außerhalb des § 2 Abs. 1 Nr. 3 lit. d ArbGG . . . . .	411
B. Strafrechtlicher Teil . . . . .	412
I. Einleitung . . . . .	412
II. Verfolgbarkeit von Auslandstaten . . . . .	414
1. Inlandsfälle . . . . .	414
2. Auslandsfälle mit Inlandsanknüpfung . . . . .	414
a) Grundsätzliches . . . . .	414
b) Zu den einzelnen Fallgruppen . . . . .	415
3. Reine Auslandsfälle . . . . .	416
III. Strafrahmen, Strafanzeige und Strafantrag . . . . .	416
1. Normcharakter, Versuchsstrafbarkeit, Verjährung . . . . .	416
2. Strafrahmen . . . . .	416
3. Strafanzeige . . . . .	417
4. Strafantrag . . . . .	417
a) Allgemeines . . . . .	418
b) Berechtigter . . . . .	418

c)	Frist, Form und Inhalt . . . . .	418
aa)	Frist . . . . .	418
bb)	Form und Inhalt . . . . .	419
d)	Rücknahmemöglichkeit . . . . .	420
IV.	Strafprozessuale Vorgehensweisen für das geschädigte Unternehmen (Klageerzwingung, Privatklage, Nebenklage) . . . . .	421
1.	Klageerzwingung (§ 172 StPO) . . . . .	421
a)	Aufbau des Klageerzwingungsverfahrens . . . . .	421
b)	Zur »Vorschaltbeschwerde« . . . . .	422
c)	Antrag auf gerichtliche Entscheidung . . . . .	422
aa)	Frist und Form . . . . .	422
bb)	Nötiger Inhalt . . . . .	422
d)	Klageerzwingung und Privatklagedelikte . . . . .	423
2.	Privatklage (§§ 374 ff. StPO) . . . . .	423
a)	Sachverhaltsermittlung durch die Staatsanwaltschaft . . . . .	424
b)	Zulässigkeit . . . . .	424
c)	Form der Erhebung und Einleitung des Verfahrens . . . . .	425
d)	Rechte des Privatklägers . . . . .	425
aa)	Anwesenheitsrecht, rechtliches Gehör, Mitwirkungsrechte . . . . .	425
bb)	Akteneinsicht . . . . .	426
e)	Zum weiteren möglichen Verfahrensablauf . . . . .	426
f)	Rücknahme der Privatklage . . . . .	426
3.	Nebenklage (§ 395 ff. StPO) . . . . .	427
a)	Zulässigkeit . . . . .	427
b)	Mitwirkungsrechte . . . . .	427
aa)	Mitwirkungsrechte im Überblick . . . . .	428
bb)	Frage- und Beanstandungsrecht (§§ 240 Abs. 2, 238 Abs. 2, 242 StPO), Erklärungsrecht (§§ 257, 258 StPO) . . . . .	428
cc)	Beweisantragsrecht (§ 244 Abs. 3 bis 6 StPO) . . . . .	429
dd)	Akteneinsichtsrecht (§§ 397 Abs. 1, 385 Abs. 3 S. 1 StPO) . . . . .	429
V.	Ausgewählte Bereiche . . . . .	430
1.	Probleme und Möglichkeiten im Bereich der Akteneinsicht . . . . .	430
a)	Gefahr der Akteneinsicht durch Dritte . . . . .	430
b)	Eigenes Akteneinsichtsrecht nach § 406e StPO . . . . .	431
2.	Problem der öffentlichen Hauptverhandlung . . . . .	432
<b>Kapitel 7:</b>	<b>Know-how-Schutz vor Gerichten und Verwaltungsbehörden – Schutz im Zivil- und Strafprozess sowie in Verwaltungsverfahren und -prozess . . . .</b>	<b>433</b>
A.	Allgemeines . . . . .	435
B.	Know-how-Schutz im Zivilprozess . . . . .	437
I.	Präparatorische Informationsansprüche aus materiellem Recht . . . . .	437
1.	Auskunftsansprüche und Besichtigungsanspruch . . . . .	438
a)	Auskunftsansprüche . . . . .	438
b)	Besichtigungsanspruch . . . . .	438
aa)	Bedeutung von Besichtigungsansprüchen . . . . .	438
bb)	Voraussetzungen der Besichtigung . . . . .	439
cc)	Umfang der Besichtigung . . . . .	441
dd)	Verjährung . . . . .	441
2.	Informationsansprüche und Know-how-Schutz im Konflikt . . . . .	442
a)	Ausgleich der widerstreitenden Interessen . . . . .	442
b)	Lösung durch den Wirtschaftsprüfervorbehalt . . . . .	444
c)	Lösung durch das Düsseldorfer Besichtigungsverfahren . . . . .	445
II.	Know-how-Schutz vor den Zivilgerichten . . . . .	449
1.	Schutz gegenüber dem Prozessgegner . . . . .	449

## Inhaltsverzeichnis

a)	Ausgangslage . . . . .	449
b)	Das Spannungsverhältnis zwischen Know-how-Schutz und effektivem prozessualen Rechtsschutz . . . . .	450
aa)	Schutz der nicht beweispflichtigen Partei (Beklagter) . . . . .	451
bb)	Schutz der beweispflichtigen Partei (Kläger) . . . . .	454
2.	Schutz des Know-hows Dritter durch Zeugnisverweigerungsrechte . . . . .	455
a)	Schutz von Know-how bei Zeugen . . . . .	455
b)	Schutz von Amts- und Berufsträgern offenbarten Know-hows . . . . .	456
c)	Behandlung fremden Know-hows . . . . .	457
3.	Schutz des Know-hows Dritter durch Ausschluss der Öffentlichkeit im Prozess . . . . .	458
a)	Grundsatz der Öffentlichkeit der Verhandlung . . . . .	458
b)	Einschränkungen . . . . .	459
aa)	Ausschluss der Öffentlichkeit von der Verhandlung gem. § 172 Nr. 2 GVG . . . . .	459
bb)	Ausschluss der Öffentlichkeit von der Urteilsverkündung gem. § 173 Abs. 2 GVG . . . . .	460
cc)	Know-how-Schutz bei Akteneinsicht im Zivilprozess . . . . .	461
dd)	Know-how-Schutz durch Schweigegebot gem. § 174 Abs. 3 S. 1 GVG . . . . .	462
C.	Know-how-Schutz im Strafprozess . . . . .	463
I.	Know-how-Schutz gegen den Angeklagten . . . . .	463
II.	Know-how-Schutz gegen Dritte . . . . .	464
1.	Öffentlichkeitsausschluss nach § 172 Nr. 2 GVG und Schweigegebot nach § 174 Abs. 3 GVG . . . . .	464
2.	Know-how-Schutz für Geheimnisse von Zeugen? . . . . .	464
3.	Know-how-Schutz bei Akteneinsicht durch den Verteidiger . . . . .	465
D.	Know-how-Schutz im Verwaltungsverfahren und vor Verwaltungsgerichten . . . . .	467
I.	Know-how-Schutz im Verwaltungsverfahren . . . . .	467
1.	Grundsatz der Amtsermittlung . . . . .	467
2.	Gewährleistung von Know-how-Schutz . . . . .	468
3.	Know-how-Schutz bei Akteneinsicht im Verwaltungsverfahren . . . . .	469
II.	Know-how-Schutz im Verwaltungsprozess . . . . .	471
<b>Kapitel 8: Know-how in Zwangsvollstreckung und Insolvenz . . . . .</b>		<b>475</b>
A.	Allgemeines . . . . .	476
B.	Know-how und Know-how-Lizenzen in der Einzelzwangsvollstreckung . . . . .	477
I.	Anwendbarkeit der Vorschriften zur Zwangsvollstreckung . . . . .	477
1.	Know-how und Know-how-Lizenz als Vollstreckungsgegenstand . . . . .	478
a)	Know-how . . . . .	478
aa)	Bewertbarkeit von Know-how . . . . .	479
bb)	Übertragbarkeit und Beschlagnahmefähigkeit von Know-how . . . . .	480
b)	Know-how-Lizenz . . . . .	481
aa)	einfache Lizenz . . . . .	481
bb)	ausschließliche Lizenz . . . . .	482
cc)	betriebsgebundene Lizenz . . . . .	482
2.	Vollstreckungsverfahren und Verwertung . . . . .	483
a)	Zuständigkeit und Vollstreckungsantrag . . . . .	483
aa)	Problem der Bestimmung des Vollstreckungsgegenstandes . . . . .	483
bb)	Auskunftsanspruch gegen den Vollstreckungsschuldner . . . . .	484
b)	Pfändungsbeschluss . . . . .	485
c)	Wirkung der Pfändung und Möglichkeiten der Verwertung . . . . .	486
3.	Möglichkeit der Vorpfändung . . . . .	487

C.	Know-how und Know-how-Lizenzen in der Insolvenz . . . . .	488
I.	Anwendung der Insolvenzordnung auf Know-how und Know-how-Lizenzen . .	488
II.	Die Massezugehörigkeit von Know-how und Know-how Lizenzen . . . . .	488
1.	Know-how . . . . .	489
2.	Know-how-Lizenz . . . . .	489
a)	einfache Lizenz . . . . .	489
b)	ausschließliche Lizenz . . . . .	489
3.	Massezugehörigkeit von Unterlagen . . . . .	490
4.	Pflichten des Gemeinschuldners . . . . .	490
III.	Folgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens und mögliche Insolvenzfestigkeit von Know-how-Lizenzverträgen. . . . .	491
1.	Der status quo im deutschen Recht . . . . .	491
a)	Know-how-Lizenzverträge als Dauerschuldverhältnisse und das Wahlrecht des Insolvenzverwalters . . . . .	491
b)	Die Anforderungen an die Ausübung des Wahlrechts . . . . .	492
c)	Rechtsfolgen von Erfüllungswahl und Erfüllungsablehnung . . . . .	493
aa)	Insolvenz des Lizenzgebers. . . . .	493
bb)	Insolvenz des Lizenznehmers . . . . .	494
d)	Insolvenzfeste Ausgestaltung von Lizenzverträgen. . . . .	495
aa)	Schutz des Lizenznehmers . . . . .	496
bb)	Schutz des Lizenzgebers . . . . .	497
2.	Die geplante Neufassung des § 108a InsO . . . . .	498
3.	Zur Verwertung der Insolvenzmasse . . . . .	499
<b>Kapitel 9:</b>	<b>Know-how in Steuerrecht und Bilanz . . . . .</b>	<b>501</b>
A.	Steuerliche Einordnung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. . . . .	505
I.	Bedeutung der Einkunftsarten und Behandlung von Zufallserfindungen. . . . .	505
II.	Abgrenzung von selbständigen und gewerblichen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten . . . . .	506
1.	Allgemeine Abgrenzungsgrundsätze . . . . .	507
2.	Fiktion gewerblicher Einkünfte bei Kapitalgesellschaften . . . . .	508
3.	Besonderheiten bei Personengesellschaften . . . . .	508
III.	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. . . . .	509
IV.	Sonderfall: Betriebsaufspaltung . . . . .	511
V.	Abgrenzung von Einkunftsarten bei gemischten Verträgen. . . . .	513
VI.	Exkurs: Einkünfteerzielungsabsicht . . . . .	515
B.	Bilanzielle Behandlung von Aufwendungen zur Schaffung und zum Schutz von Know-how. . . . .	518
I.	Handels- und steuerbilanzielle Behandlung . . . . .	518
1.	Know-how als Vermögensgegenstand bzw. Wirtschaftsgut . . . . .	518
2.	Selbstgeschaffenes Know-how . . . . .	519
3.	Derivativ erworbenes Know-how . . . . .	522
4.	Aufwendungen zur Erhaltung und zum Schutz von Know-how . . . . .	523
II.	Grundzüge der bilanziellen Behandlung von Know-how nach IFRS/IAS . . . . .	523
1.	Allgemeines . . . . .	523
2.	Tatbestandsmerkmale immaterieller Vermögenswerte . . . . .	524
3.	Ansatz. . . . .	525
4.	Folgebewertung . . . . .	526
a)	Neubewertungsmodell regelmäßig nicht anwendbar. . . . .	526
b)	Das Anschaffungskostenmodell. . . . .	526

## Inhaltsverzeichnis

C. Behandlung von Lizenzverträgen . . . . .	528
I. Zeitlich begrenzte Nutzungsüberlassung gegen laufende Lizenzgebühren . . . . .	528
II. Zeitlich begrenzte Nutzungsüberlassung gegen Einmalzahlung . . . . .	529
III. Unbefristete Nutzungsüberlassung gegen Einmalzahlung . . . . .	530
IV. Sonderfall: Erwerb der Rechte aus einem Lizenzvertrag gegen Einmalzahlung . . . . .	531
D. Lizenzverträge mit Auslandsbezug . . . . .	532
I. Überblick . . . . .	532
II. Lizenznahme aus dem Ausland (Ausländischer Lizenzgeber). . . . .	532
1. Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht. . . . .	532
2. Inländische Einkünfte. . . . .	533
a) Inlandsbezug – isolierende Betrachtungsweise . . . . .	533
b) Gewerbliche Einkünfte (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 EStG) . . . . .	534
c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 EStG) . . . . .	535
d) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 49 Abs. 1 Nr. 6 EStG) . . . . .	536
e) Auffangtatbestand (§ 49 Abs. 1 Nr. 9 EStG) . . . . .	536
f) Besonderheit: Gemischte Verträge . . . . .	537
3. Steuererhebung beim Lizenznehmer. . . . .	537
a) Steuerabzug bei Nutzungsüberlassung (Quellensteuer) . . . . .	537
aa) Die gesetzliche Regelung der §§ 50, 50a EStG. . . . .	537
bb) Europarechtliche Implikationen . . . . .	540
b) Steuererhebung bei Veräußerung von Know-how. . . . .	542
III. Einschränkungen des deutschen Besteuerungsrechts durch Doppelbesteuerungsabkommen. . . . .	542
1. Abkommensrechtliche Einordnung von Vergütungen für die Know-how-Überlassung. . . . .	543
2. Zuordnung des Besteuerungsrechts und Vermeidung der Doppelbesteuerung . . . . .	545
a) Besteuerungsrecht für Lizenzgebühren (Art. 12 Abs. 1 OECD-MA) . . . . .	545
b) Besteuerungsrecht bei der Veräußerung von Know-how (Art. 13 Abs. 2 OECD-MA). . . . .	547
c) Besteuerungsrecht für Unternehmensgewinne (Art. 7 OECD-MA). . . . .	547
d) Sondervergütungen bei Personengesellschaften . . . . .	547
IV. Einschränkungen des deutschen Besteuerungsrechts durch die Zins- und Lizenzgebühren-Richtlinie. . . . .	548
V. Entlastung vom Quellensteuerabzug in Deutschland . . . . .	550
1. Freistellungsverfahren . . . . .	550
2. Erstattungsverfahren . . . . .	551
3. Missbräuchliche Inanspruchnahme der Entlastung . . . . .	551
VI. Lizenzvergabe ins Ausland (inländischer Lizenzgeber). . . . .	552
1. Zuweisung von Besteuerungsrechten im Grundsatz . . . . .	552
2. Sonderfall: Lizenzvergabe an eine Personengesellschaft . . . . .	552
3. Sonderfall: Lizenzvergabe durch eine Betriebsstätte . . . . .	553
4. Entlastung von einer ausländischen Besteuerung . . . . .	554
a) Steueranrechnung . . . . .	554
b) Antrag auf Abzug der ausländischen Steuer. . . . .	555
c) Erlass . . . . .	556
E. Know-how-Verträge zwischen nahestehenden Personen bzw. verbundenen Unternehmen. . . . .	556
I. Das Erfordernis angemessener Lizenzgebühren . . . . .	556
II. Mechanismen zur Einkünftekorrektur. . . . .	557
1. Verdeckte Gewinnausschüttungen . . . . .	557
a) Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung . . . . .	557
b) Rechtsverhältnisse zu beherrschenden Gesellschaftern . . . . .	558
c) Rechtsfolgen der vGA. . . . .	559

2. Verdeckte Einlagen – Keine verdeckte Einlage von Nutzungsvorteilen . . . . .	560
3. Einkünftekorrektur gemäß § 1 AStG/Funktionsverlagerung . . . . .	561
a) Einkünftekorrektur bei Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen	561
b) Speziell: Funktionsverlagerung . . . . .	563
III. Dokumentationspflichten nach § 90 Abs. 3 AO . . . . .	565
1. Rechtsgrundlagen und Dokumentationspflichten . . . . .	565
2. Sanktionen bei Verstößen gegen Aufzeichnungspflichten . . . . .	568
IV. Doppelbelastung bei Verrechnungspreisen – Verständigungs- und Schiedsverfahren	569
F. Bewertung von Know-how und Angemessenheit von Entgelten für die Überlassung von Know-how . . . . .	570
I. Schwierigkeiten und Einflussfaktoren für die Bewertung von Know-how . . . . .	570
1. Tatsächliche/wirtschaftliche Gesichtspunkte . . . . .	571
2. Rechtliche Gesichtspunkte . . . . .	571
II. Die Angemessenheit von Lizenzgebühren . . . . .	572
1. Der Grundsatz des Fremdvergleichs (arm’s length-Prinzip) . . . . .	572
2. Die Standardmethoden zur Bewertung . . . . .	572
a) Die Preisvergleichsmethode (comparable uncontrolled price method) . . . . .	572
b) Wiederverkaufsmethode (resale price method) . . . . .	574
c) Kostenaufschlagsmethode (cost plus method) . . . . .	575
3. Gewinnorientierte Methoden . . . . .	575
4. Die Anwendung der Knoppe-Formel . . . . .	577
III. Angemessene Veräußerungspreise – Ermittlung des Wertes von Know-how . . . . .	579
1. Direkte Wertermittlung . . . . .	579
2. Indirekte Wertermittlung . . . . .	580
G. Gewerbesteuerliche Aspekte . . . . .	581
I. Gewerbebetrieb – objektive Gewerbesteuerpflicht . . . . .	581
II. Behandlung von Know-how-Lizenzgebühren . . . . .	581
1. Vereinnahmung durch den Lizenzgeber . . . . .	581
2. Verausgabung beim Lizenznehmer und mögliche Hinzurechnungen . . . . .	582
a) Hinzurechnung gemäß § 8 Nr. 1 lit. f) GewStG . . . . .	582
b) Hinzurechnung gemäß § 8 Nr. 1 lit. d) oder e) GewStG . . . . .	583
c) Sonderfall: Gemischte Verträge . . . . .	583
H. Umsatzsteuerliche Aspekte . . . . .	584
I. Unternehmereigenschaft . . . . .	584
II. Sonstige Leistung im Inland . . . . .	585
III. Bemessungsgrundlage und Steuersatz . . . . .	586
IV. Steuerentstehung und Steuerschuldner . . . . .	587
1. Im Inland ansässiger leistender Unternehmer . . . . .	587
2. Im Ausland ansässiger leistender Unternehmer . . . . .	587
V. Vorsteuerabzug . . . . .	588
<b>Kapitel 10: Faktischer Know-how-Schutz in der Unternehmenspraxis . . . . .</b>	<b>591</b>
A. Know-how-Abfluss: Risikofelder . . . . .	592
I. Wettbewerber . . . . .	592
II. Lieferanten, Outsourcing-Partner . . . . .	593
III. Kunden . . . . .	593
IV. Joint Venture-Partner, Forschungs- und Entwicklungs- Kooperationspartner . . . . .	593
V. Berater, Prüfer . . . . .	594
VI. Sonstige Dienstleister . . . . .	594
VII. Eigene Mitarbeiter . . . . .	594

B. Organisatorische Maßnahmen . . . . .	595
I. Aufbauorganisation . . . . .	595
1. Querschnittsaufgabe . . . . .	595
2. Koordinationsverantwortung . . . . .	596
3. Rolle der Unternehmensleitung . . . . .	596
II. Ablauforganisation und Prozesse . . . . .	596
1. Wissensmanagement . . . . .	597
2. Erfassung von Know-how . . . . .	597
3. Kategorisierung von Know-how . . . . .	598
a) Kern- oder Schlüssel-Know-how . . . . .	598
b) Wichtiges Know-how . . . . .	598
c) Sonstiges Know-how . . . . .	598
d) Hilfestellungen bei der Einordnung . . . . .	599
e) Wer steuert welche Information bei? . . . . .	599
4. Festlegung von konkreten Schutzmaßnahmen . . . . .	600
III. Eigene Mitarbeiter »auf Linie« halten . . . . .	600
1. Know-how-Schutz beim mobilen Arbeiten . . . . .	601
2. Die Grenzen schriftlicher Anweisungen . . . . .	602
3. Schulungen, Informationen . . . . .	603
4. Wettbewerbsverbote . . . . .	604
IV. Vertragliche Absicherung . . . . .	604
1. Kernpunkte einer Geheimhaltungsvereinbarung . . . . .	605
a) Gegenstand . . . . .	605
b) Umfang der Mitteilung . . . . .	605
c) Verpflichtung zur Geheimhaltung . . . . .	605
d) Nutzungsbeschränkung . . . . .	606
e) Ausnahmen von der Geheimhaltungspflicht . . . . .	606
f) Sorgfaltsmaßstab . . . . .	607
g) Dauer . . . . .	607
h) Einbeziehung verbundener Unternehmen . . . . .	608
i) Vertragsstrafe . . . . .	608
j) Sonstiges . . . . .	608
C. Produktnachahmungen, Produktpiraterie . . . . .	609
I. China – rechtlicher und institutioneller Rahmen . . . . .	609
II. Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung in China . . . . .	611
III. Geheimhaltung allein genügt nicht . . . . .	612
IV. Sicherungsmaßnahmen am Produkt . . . . .	613
1. Hologramm-Aufkleber . . . . .	613
2. Ultraviolette Farbbeschichtung . . . . .	613
3. Pigmentfarbe . . . . .	613
4. Besondere Schriften . . . . .	613
5. Spezielle Klebstoffe . . . . .	613
6. Etiketten mit Codenummer . . . . .	614
7. Kombination verschiedener Merkmale . . . . .	614
V. Organisation der konkreten Schutzmaßnahmen . . . . .	614
1. Internes Netzwerk . . . . .	614
2. Ausfindigmachen der Produktnachahmungen . . . . .	615
3. Ganzheitliche Sicht . . . . .	615
VI. Was ist sonst zu tun? . . . . .	615
1. Zollrechtliches Verfahren . . . . .	615
2. Bildung von Allianzen . . . . .	616
3. Kritische Begleitung der Vertragspartner . . . . .	617
4. Messen und Ausstellungen . . . . .	617

VII. Schlussbemerkung zu China. . . . .	617
1. Schützen . . . . .	618
2. Sprechen . . . . .	618
3. Durchsetzen . . . . .	618
4. Resümee . . . . .	619
<b>Kapitel 11: Exportkontrolle für Know-how . . . . .</b>	<b>621</b>
A. Bedrohungsanalyse . . . . .	621
B. Lizenzvertragliche Kontrolle von Know-how-Exporten . . . . .	622
C. Außenwirtschaftsrechtliche Kontrolle von Know-how-Exporten . . . . .	623
I. Know-how als Ziel staatlicher Kriegswaffenregulierung und Ausfuhrkontrolle . . . . .	623
II. Rechtsquellen. . . . .	625
III. Der Begriff »technische Unterstützung« und Weitergabetatbestände . . . . .	626
IV. Unterrichtungspflichten . . . . .	627
V. Genehmigungspflichten . . . . .	628
VI. Zusammenfassung und Empfehlungen . . . . .	629
<b>Kapitel 12: Internationaler Know-how-Schutz. . . . .</b>	<b>631</b>
A. Internationales Privat- und Verfahrensrecht. . . . .	635
I. Anwendbares Recht. . . . .	635
1. Allgemeine Grundbegriffe und Abgrenzungsfragen . . . . .	635
a) Differenzierung von Einheitsrecht, Fremdenrecht und Kollisionsrecht . . . . .	635
b) Verhältnis von Schuld- und Sachstatut, Qualifikation . . . . .	636
c) Kollisionsrechtliche Rechtsquellen. . . . .	637
2. Internationales Lauterkeitsrecht . . . . .	638
a) Unionskollisionsrecht der Rom II-VO . . . . .	638
b) Auf Altfälle anzuwendendes autonomes Kollisionsrecht . . . . .	641
3. Internationales Deliktsrecht . . . . .	641
a) Unionskollisionsrecht der Rom II-VO . . . . .	641
b) Behandlung von Altfällen . . . . .	641
4. Internationales Immaterialgüterrecht . . . . .	642
a) Unionskollisionsrecht der Rom II-VO . . . . .	642
b) Auf Altfälle anzuwendendes autonomes Kollisionsrecht . . . . .	645
5. Internationales Vertragsrecht . . . . .	645
a) Neuordnung des Internationalen Vertragsrechts . . . . .	645
b) Möglichkeit der Rechtswahl und ihre Grenzen . . . . .	645
aa) Voraussetzungen und Inhalt der Rechtswahl . . . . .	645
bb) Allgemeine Begrenzung der Rechtswahl. . . . .	646
cc) Begrenzung des Vertragsstatuts durch das Immaterialgüterrechtsstatut. . . . .	646
dd) Begrenzung des Vertragsstatuts durch das Wettbewerbs- und Deliktsstatut. . . . .	646
ee) Begrenzung des Vertragsstatuts durch das Arbeitsvertragsstatut . . . . .	647
c) Anwendbares Recht bei Fehlen einer Rechtswahl. . . . .	647
aa) Allgemeine Grundsätze der objektiven Anknüpfung bei Verträgen über Rechte an Geistigem Eigentum und bei Know-how-Verträgen. . . . .	647
bb) Reiner Know-how-Vertrag. . . . .	648
cc) Gemischter Know-how- und Patentlizenzvertrag. . . . .	649
d) Behandlung von Altfällen . . . . .	651
e) Eingriffsnormen . . . . .	651

## Inhaltsverzeichnis

II. Zuständigkeit . . . . .	652
1. Überblick über die Grundsätze nach EuGVO, LugÜ und autonomem Prozessrecht . . . . .	652
a) EuGVO . . . . .	652
aa) Ablösung des EuGVÜ durch die EuGVO . . . . .	652
bb) Verhältnis zum nationalen Recht und Anwendungsbereich der EuGVO	653
cc) Allgemeiner Gerichtsstand . . . . .	654
dd) Besonderer Gerichtsstand der unerlaubten Handlung . . . . .	655
b) LugÜ . . . . .	656
c) Autonomes deutsches Prozessrecht . . . . .	657
aa) Doppelfunktionalität der Gerichtsstandsnormen . . . . .	657
bb) Besondere Gerichtsstände . . . . .	657
cc) Allgemeiner Gerichtsstand . . . . .	658
2. Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	659
a) Bedeutung und Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	659
b) Wirksamkeitsvoraussetzungen von Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	659
c) Rechtsfolgen wirksamer Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	661
aa) Zuständigkeitsbegründung . . . . .	661
bb) Reichweite der Prorogation . . . . .	661
cc) Zuständigkeitsprüfung, Aussetzung und Bindungswirkung im Prozess	661
III. Schiedsvereinbarungen . . . . .	662
1. Bedeutung und Zulässigkeit von Schiedsvereinbarungen . . . . .	662
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen von Schiedsvereinbarungen . . . . .	662
3. Rechtsfolgen wirksamer Schiedsvereinbarungen . . . . .	663
a) Einredewirkung . . . . .	663
b) Wirkung im Verfahren der Anerkennung und Vollstreckung . . . . .	663
c) Aufrechnung . . . . .	663
d) Maßgebliches Statut für Drittwirkungen . . . . .	663
B. Volksrepublik China und Hongkong . . . . .	664
I. Volksrepublik China . . . . .	664
1. Einführung . . . . .	664
2. Materielles Recht . . . . .	665
a) Dualer Schutz durch gesetzliche und administrative Vorschriften . . . . .	665
b) Schutzgegenstand . . . . .	666
c) Normadressaten . . . . .	667
aa) »Gewerbetreibende« . . . . .	667
bb) Vertragspartner . . . . .	667
cc) Arbeitnehmer und Manager . . . . .	668
d) Verletzungstatbestände . . . . .	670
3. Rechtsdurchsetzung . . . . .	671
a) Allgemeines zur Rechtsdurchsetzung . . . . .	671
b) Verfahrensfragen . . . . .	672
aa) Beweiserlangung im gerichtlichen und behördlichen Verfahren . . . . .	672
bb) Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	673
c) Rechtsfolgen . . . . .	674
aa) Zivilrechtlich . . . . .	674
bb) Strafrechtlich . . . . .	677
cc) Behördlich . . . . .	678
d) Anwendbares Recht und Verhältnis zu Hongkong und Macao . . . . .	679
aa) Gerichtswahl . . . . .	679
bb) Anwendbares Recht . . . . .	680
cc) Verhältnis zu Hongkong und Macao . . . . .	680
4. Staatliche Steuerung des Technologietransfers . . . . .	681
II. Exkurs: Hongkong . . . . .	684

C.	Know-how Schutz in Indien . . . . .	686
	1. Niranjan Shankar Golakari v. Century Spinning and Manufacturing Co. Ltd. . . .	687
	2. Sandhya Organic Chemicals P. Ltd. v. Ors. V. United Phosphorous Ltd. and Anr. .	688
	3. Ambiance India Pvt. Ltd. v. Shri Naveen Jain . . . . .	688
	4. V.V. Sivaram and Ors. v. Foseco India Ltd. . . . .	689
	5. Tractors and Farm Equipment Ltd. v. Green Field Farm Equipments Pvt. Ltd. and Ors. . . . .	689
D.	Russland . . . . .	690
	I. Einleitung . . . . .	690
	1. Entstehungsgeschichte . . . . .	690
	2. Erste Regelungen zum Know-how . . . . .	690
	3. Umfassende Neuregelung im 4. Teil ZGB . . . . .	692
	II. Schutzvoraussetzungen . . . . .	692
	1. Begriff . . . . .	692
	2. Schutzzfähige Information . . . . .	693
	3. Kein freier rechtmäßiger Zugang Dritter . . . . .	694
	4. Regime des Geschäftsgeheimnisses . . . . .	695
	5. Ausgeschlossene Informationen . . . . .	695
	III. Inhalt des Rechts am Know-how . . . . .	696
	IV. Schutzdauer . . . . .	698
	V. Know-how Lizenzierung, Abschluss von Know-how Abtretungsverträgen . . . .	698
	1. Know-how Lizenzvertrag . . . . .	698
	2. Know-how Abtretungsvertrag . . . . .	701
	VI. Von Arbeitnehmern entwickeltes Know-how . . . . .	701
	VII. Grenzen der Know-how Übertragung . . . . .	703
	1. Export geschützter Technologie . . . . .	703
	2. Import geschützter Technologie . . . . .	704
	VIII. Verletzungen, Rechtsfolgen . . . . .	704
	1. Zivilrechtliche Haftung . . . . .	704
	a) Rechtswidrige Erlangung der geschützten Informationen . . . . .	704
	b) Offenlegung oder Nutzung der geschützten Informationen . . . . .	705
	c) Verletzung des Know-how Rechts durch Parteien eines Abtretungs- oder Lizenzvertrages . . . . .	706
	d) Rechtsfolgen . . . . .	706
	e) Arbeitnehmerhaftung . . . . .	707
	2. Ordnungsrechtliche und strafrechtliche Haftung . . . . .	708
	IX. Rechtsdurchsetzung . . . . .	709
	1. Rechtswahl . . . . .	709
	2. Zuständigkeit der staatlichen Gerichte . . . . .	709
	3. Zuständigkeit von Schiedsgerichten . . . . .	710
	4. Rechtsdurchsetzung . . . . .	711
	X. Schluss, Ausblick . . . . .	712
E.	USA . . . . .	712
	I. Einleitung . . . . .	712
	II. Zivilrechtlicher Schutz von Trade Secrets . . . . .	713
	1. Begriff des Trade Secret . . . . .	714
	a) Definitionen . . . . .	714
	b) Begriffsmerkmale . . . . .	716
	aa) Geheime Information . . . . .	716
	bb) Wirtschaftlicher Wert der Information . . . . .	717
	cc) Geheimhaltungsbemühungen . . . . .	717

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Verletzungshandlungen. . . . .	718
a) Überblick . . . . .	718
b) Rechtswidrige Aneignung . . . . .	719
c) Rechtswidrige Offenbarung und Verwendung . . . . .	720
3. Ansprüche. . . . .	721
a) Unterlassungsanspruch . . . . .	721
b) Schadensersatzanspruch. . . . .	722
c) Anspruch auf Erstattung der Rechtsanwaltsgebühren . . . . .	723
III. Strafrechtlicher Schutz von Trade Secrets . . . . .	724
1. Begriff des Trade Secret . . . . .	724
2. Straftatbestände . . . . .	724
IV. Geheimhaltungsvereinbarungen. . . . .	726
<b>Entscheidungsregister . . . . .</b>	<b>727</b>
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>741</b>